

Eine Analyse

Die Vetomächte verraten die UNO

Seit sieben Jahren ist Krieg in Syrien. Das ist auch eine UNO-Tragödie. Ihre gewichtigsten Mitglieder verhöhnen sie. Faustrecht gilt wieder mehr als Völkerrecht.

von Jan Dirk Herbermann

Schon früh fand António Guterres die passenden Worte. Im September 2013 warnte er: «Syrien ist die grosse Tragödie dieses Jahrhunderts geworden.» Damals kümmerte sich Guterres als UNO-Hochkommissar für Flüchtlinge um die Millionen Opfer des Konflikts, der zweieinhalb Jahre vorher, im März 2011, begonnen hatte. Heute trägt Guterres als Generalsekretär Verantwortung für die gesamten Vereinten Nationen – und er schaut auf ein mittlerweile sieben Jahre dauerndes Blutbad zurück. Seine Worte treffen noch immer zu. Der Syrien-Krieg ist die grosse Tragödie für Land und Menschen.

Der Sicherheitsrat ist blockiert

Der Syrien-Krieg ist aber auch die grosse Tragödie für die Vereinten Nationen. Denn der Waffengang in dem arabischen Land beschädigt Autorität und die Legitimation der Weltorganisation, die nach dem Zweiten Weltkrieg als Gerüst der internationalen Ordnung aufgebaut wurde und den Weltfrieden wahren sollte. Heute verdrängt das Recht des Stärkeren wieder das Völkerrecht. Rohe Gewalt wird die Norm. Wir leben in einer «Welt im Krieg» – auch diese Bestandsaufnahme stammt von António Guterres.

Kriegstreiber und Despoten rund um den Globus blicken auf Syrien und fühlen sich in ihrem Tun ermuntert.

Nie fanden die Vereinten Nationen eine Strategie, den Syrienkrieg zu beenden. Drei UNO-Sondergesandte mühten sich seit 2011 vergeblich ab. Konferenz folgt auf Konferenz. Doch statt unter UNO-Aufsicht den Konflikt beizulegen, verhöhnen sich die Emissäre von Machthaber Baschar el Assad und der Opposition gegenseitig – unterstützt von ihren ausländischen Schirmherren.

Im UNO-Sicherheitsrat blockiert Russland alle Beschlüsse, die seinem Waffenbruder Assad gefährlich werden können. Die Resolutionen, die verabschiedet werden, erweisen sich nicht selten als wertloses Stück Papier. So auch die im Februar beschlossene Resolution 2401. Darin fordert das UNO-Gremium eine 30-tägige Waffenruhe. Doch die Kriegsparteien scheren sich einen Deut darum. Im Gegenteil. Sie

verschärften seither die Gemetzel. Der Sicherheitsrat, die zentrale Instanz zur Regulierung von Konflikten im UNO-System, wird zum Papiertiger.

Straflosigkeit für die Täter

Ein ebenso düsteres Bild bietet sich auf einem anderen zentralen Feld der internationalen Ordnung: der juristischen Verfolgung von Kriegsverbrechen. Syriens Konfliktparteien, allen voran das Assad-Regime und die Terrormiliz Islamischer Staat, verübten unvorstellbar Gräueltaten: Von gezielten Luftangriffen auf Schulen und Krankenhäuser über den Einsatz von Giftgas bis hin zu massenhaften Vergewaltigungen. UNO-Ermittler sammeln über die Jahre erdrückende Beweise, und die Namen vieler Täter und Befehlsgeber sind bekannt. Dass der Internationale Strafgerichtshof, ein internationales Syrien-Tribunal oder die Syrer selbst die Kriminellen jemals zur Rechenschaft ziehen werden, ist aber fraglich.

Die UNO kann den Syrien-Konflikt nicht stoppen, und die Verbrecher könnten straffrei bleiben. Das ist eine Tragödie über Syrien hinaus, denn andere Kriegstreiber und Despoten rund um den Globus blicken auf Syrien und fühlen sich in ihrem Tun ermuntert. Was in Syrien klappt, das klappt auch anderswo, lautet die verhängnisvolle Botschaft.

Den Preis zahlen die Opfer

Unlängst prangerte die UNO schwere Verstösse gegen die Menschenrechte in Dutzenden Staaten an. Die Liste reicht von Libyen über Myanmar bis Nordkorea. In etlichen Staaten toben brutale Konflikte, viele schaffen es so gut wie nie in die internationalen Schlagzeilen: Die Gemetzel im Südsudan oder in der Demokratischen Republik Kongo etwa ereignen sich in einem dunklen, rechtsfreien Raum.

Die Schuld für diese langsame Erosion der internationalen Ordnung tragen viele: Natürlich ist Russland zu nennen. Zu reden ist aber genauso über die anderen vier ständigen Mitglieder des Weltsicherheitsrates: die USA, China, Frankreich und Grossbritannien. Sie unternehmen viel zu wenig, um die internationale Ordnung zu stabilisieren. Die fünf Vetomächte genehmigten sich bei der Gründung der Vereinten Nationen selbst ihre herausgehobene Stellung. Damit tragen diese Länder auch eine besondere Verantwortung für die Vereinten Nationen. Dieser Verantwortung werden sie nicht gerecht. Den schrecklich hohen Preis zahlen die vielen Opfer von Unterdrückung, Gewalt und Krieg rund um die Welt. Nicht nur in Syrien.



Verkauf noch diese Woche? Alt Bundesrat Christoph Blocher soll einen Abnehmer für die BaZ gefunden haben.
Bild: Anthony Anex/Keystone

Ist der BaZ-Verkauf unter Dach und Fach?

Tamedia-Chef Pietro Supino bestätigt sein starkes Interesse an Christoph Blochers «Basler Zeitung», will aber noch keinen Vertrag unterschrieben haben. Derweil prescht BaZ-Chefredaktor Markus Somm vor: Noch diese Woche werde verkauft.

von Dennis Bühler

Pietro Supino machte gestern kein Geheimnis aus seinen Plänen: «Ich interessiere mich seit zehn Jahren für die 'Basler Zeitung', sagte er an der alljährlichen Bilanzmedienkonferenz am Hauptsitz seines Verlags Tamedia in Zürich. Regelmässig führe er deshalb Gespräche mit deren Chef, alt SVP-Bundesrat und Verleger Christoph Blocher. Nicht bestätigt wollte der Tamedia-Verwaltungsratspräsident allerdings, dass die Verhandlungen unmittelbar vor dem Abschluss stehen. Basierend auf mehreren gut unterrichteten und voneinander unabhängigen Quellen hatten wir dies am vergangenen Samstag in der «Schweiz am Wochenende» berichtet. Gemäss einer Quelle soll sogar bereits Mitte Februar Einigkeit erzielt worden sein.

Im Raum steht, dass Blocher für die BaZ nebst einem zweistelligen Millionenbetrag auch das «Tagblatt der Stadt Zürich» erhält. Der Erwerb des Gratisanzeigers entspräche der neuen Strategie des 77-Jährigen: Seit vergangem August hält er eine Vielzahl von Wochenblättern, die in ihrem jeweiligen Einzugsgebiet gratis in die Haushalte verteilt werden.

Tamedia-Mantel auch in Basel?

«Die 'Basler Zeitung' würde sehr gut zu unserem Konzern passen», bekräftigte Tamedia-Chef Supino sein Ziel vor den Medien. «Erst recht nach der Umsetzung des Projekts 2020.» So nennt Tamedia das schwierige Unterfangen, trotz wegbrechender Inserateinnahmen auch in Zukunft Qualitätszeitungen herauszubringen.

Im Rahmen des Projekts 2020 hat der Verlag auf Anfang 2018 alle seine

überregionalen Redaktionen zusammengelegt. Seither schreiben Journalistinnen und Journalisten in sogenannten Kompetenzzentren für ein so unterschiedliche Blätter wie den «Tages-Anzeiger», die «Berner Zeitung» und die «Zürchsee-Zeitung». Und künftig auch für die «Basler Zeitung»?

Somm informiert Mitarbeiter

BaZ-Chefredaktor und Mitinhaber Markus Somm jedenfalls informierte seine Mitarbeiter am Montag bei einem Rundgang durch die Redaktion, dass die Zeitung noch in dieser Woche verkauft werde. Das berichtete gestern Radio SRF im «Regionaljournal Basel». Recherchen der «Südostschweiz» bestätigen den Sachverhalt. Demnach soll Somm auch gesagt haben: «Alles, was die 'Schweiz am Wochenende' schrieb, ist zutreffend.» Das heisse: Die BaZ-Spitze um Blocher, Somm und den dritten Besitzer Rolf Bollmann hat sich mit Tamedia geeinigt und nicht mit AZ-Medien-Verleger Peter Wanner, der dem Vernehmen nach ebenfalls ein Angebot unterbreitet hat.

Auf Anfrage der «Südostschweiz» wollte Somm gestern Abend keine Stellung zu seinen Äusserungen vor der eigenen Belegschaft nehmen. «Kein Kommentar», schrieb er per E-Mail. «Es gilt, was wir am Freitag kommuniziert haben.» Auch Blocher verschickte auf Anfrage lapidar noch einmal dieselbe Nachricht, die Bollmann vor fünf Tagen ebenfalls schriftlich der «Schweiz am Wochenende» geschickt hatte: «Wie bekannt, interessieren sich seit längerer Zeit verschiedene Verlage für die 'Basler Zeitung'. Darum finden auch immer wieder diesbezügliche Gespräche statt, die aber ergebnislos verliefen. Ihre Verlautbarung ist tatsachenwidrig.»

Ob der Deal tatsächlich unter Dach und Fach ist, bleibt unklar. Tamedia-Kommunikationschef Christoph Zimmer bekräftigte gestern am späten Abend noch einmal, was Supino und CEO Christoph Tonini bereits am Vormittag erklärt hatten: «Tamedia hat bisher keinen Vertrag über den Kauf der 'Basler Zeitung' abgeschlossen.»

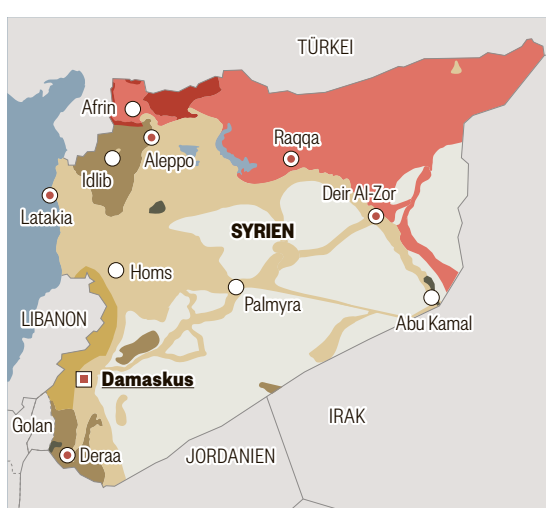
Im Dunkeln liegt somit auch das Motiv Somms, der mit seiner offensichtlich weder mit Blocher noch mit Bollmann abgesprochenen Mitarbeiterinformation vorgeprescht ist. Handelt es sich um einen verzweifelten Versuch, den Verkauf der BaZ im letzten Moment noch zu verhindern? Dies ergäbe einen gewissen Sinn, liegt es doch auf der Hand, dass Somms Tage unter Tamedia-Herrschaft gezählt wären. Die neuen Besitzer würden für ihre Führungsriege wählen, die den politischen Kurswechsel nach aussen verkörpert. Mit der alten BaZ würde man wohl möglichst wenig zu tun haben wollen – schliesslich verlor das Blatt mit dem Rechtskurs unter Somm und Blocher fast die Hälfte seiner Auflage. Entsprechend fürchtet man sich auf der BaZ-Redaktion nun mehr denn je vor einem massiven Personalabbau.

Abbau nicht ausgeschlossen

Diese Furcht teilen die Basler Journalisten mit Tamedia-Mitarbeitern. Deren CEO Tonini nämlich nahm gestern das im letzten Sommer abgegebene Versprechen zurück, das Projekt 2020 werde ohne Entlassungen umgesetzt. Da die natürliche Fluktuation nach wie vor bloss vier Prozent betrage, seien Entlassungen nun nicht mehr ausgeschlossen, sagte er. Im Klartext: Anders als erhofft haben nicht genügend Journalisten von sich aus gekündigt.

Kriegsparteien in Syrien

- Assad-Regierung/ Russland
- Hisbollah/ Assad-Regierung
- Rebellen
- IS
- Türkei/Rebellen
- Kurden



Quellen: APA, BBC, Institute for the Study of War, liveuamap.com
Grafik: Keystone

Hürlimann und Spiess-Hegglin einigen sich

Die für April angesetzte Verhandlung gegen Jolanda Spiess-Hegglin vor Zuger Strafgericht findet nicht statt. Das Gericht hätte entscheiden müssen, ob die einstige Grüne Kantonsrätin ihren Amtskollegen Markus Hürlimann (SVP) zu Unrecht eines Verbrechens beschuldigt hat. Die Parteien haben sich auf einen Vergleich geeinigt, der einen Schlussstrich unter Ereignisse

nach der Landamannfeier 2014 ziehen soll, wie die Behörden gestern mitteilten. Spiess-Hegglin habe sich verpflichtet, sich nicht so über die Vorgänge zu äussern, dass der Eindruck entstehen könnte, sie sei Opfer einer strafbaren Handlung Hürlimanns geworden. Dieser ziehe dafür alle Strafanträge bezüglich Verleumdung und übler Nachrede zurück.

Spiess-Hegglin hatte Hürlimann vorgeworfen, sie mit K.-o.-Tropfen gefügig gemacht zu haben. Sie war am Tag nach der Feier mit Unterleibschmerzen ins Spital gegangen und gab an, sich an nichts zu erinnern. Hürlimann erklärte, es habe eine Annäherung gegeben, die einvernehmlich stattgefunden habe. Das Verfahren gegen ihn wurde eingestellt. (sda)